

Schwerzmann zeichnet ein düsteres Bild

KANTONSBUDGET Finanzdirektor Marcel Schwerzmann präsentierte gestern das Budget für das kommende Jahr. Die Regierung rechnet mit einem Minus von rund 20 Mio. Franken. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, will sie aber teilweise schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen.

von **Monika Wüest**

«Das Budget des Kantons Luzern sieht wesentlich besser aus als viele im Vorfeld befürchtet haben», sagte Regierungsrat Marcel Schwerzmann am Donnerstag bei der Präsentation des Voranschlags für das Jahr 2016. Dieser sieht – bei einem Aufwand von 3,7 Milliarden Franken und einem gleichbleibenden Steuerfuss von 1,6 Einheiten – ein Defizit von 19,8 Millionen Franken vor. Damit werden die Vorgaben für die Schuldenbremse knapp eingehalten.

Umsonst gibt es dieses nur «leicht negative» Budget aber nicht. Der Regierungsrat sieht für das kommende Jahr zum Teil einschneidende Sparmassnahmen vor, etwa in der Bildung, bei der Sicherheit, in der Verwaltung, der Energieförderung oder den Prämienverbilligungen. Einige Beispiele:

> Die sukzessive Schliessung der Fachklasse Grafik entlastet das Budget für 2016 um 240 000 Franken und für die Folgejahre 2017 und 2018 um 400 000 Franken bzw. 950 000 Franken.

> Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei den Gymnasien um eine halbe Lektion, bei der Berufs- und Weiterbildung und den Sonderschulen um eine Lektion, entlastet die Erfolgsrechnung für 2016 um über 2 Millionen Franken.

> Die Pensenreduktion bei der Verkürzung des Schuljahres bei den Gymnasien und der Berufs- und Weiterbildung um eine Woche entlastet das Budget um 4 Millionen Franken. Diese Massnahme hatte der Regierungsrat bereits vor zwei Jahren budgetiert, sie hatte im Kantonsrat aber keine Chance.

> Die Luzerner Polizei reduziert ihre Patrouillendichte und verzichtet dauerhaft auf eine Patrouille pro Tag (Einsparung: 1,4 Millionen Franken).

> Als Folge der anhaltend strikten Budgetdisziplin sinkt der Sach- und Betriebsaufwand in allen Hauptaufgaben im Budget 2016 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent (5,3 Millionen Franken).



Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (links) und Hansjörg Kaufmann, Leiter der Dienststelle Finanzen, präsentierten gestern das Budget 2016 und die wenig erfreulichen Aussichten für die kommenden Jahre.

Foto zvg

> Das Wachstum beim Personalaufwand wurde pauschal um ein Prozent reduziert. Umgesetzt wird diese Massnahme nicht als Lohnreduktion, sondern durch Kürzungen bei den Personalnebenleistungen, vereinzelt auch durch Personalabbau aufgrund natürlicher Abgänge.

> In allen Dienststellen des Gesundheits- und Sozialdepartements sowie teilweise im Bildungs- und Kulturdepartement wird der Personalaufwand um fünf statt um ein Prozent gekürzt. Hier ist laut Schwerzmann mit Personalabbau zu rechnen, wenn möglich solle das aber durch natürliche Abgänge wie Stellenwechsel und Pensionierungen erreicht werden. Er schliesst Entlassungen jedoch nicht aus.

> Einzelne Gebühren im Strassenverkehrsamt werden erhöht. Das betrifft die Kosten von Fahrzeug-Kontrollschilddern (0,4 Millionen Franken) und die Gebühren von Fahrzeug- und Führerprüfungen (0,5 Millionen Franken).

> Der Kanton und die Gemeinden kürzen die Mittel für die individuelle Prämienverbilligung um je 1,2 Millionen Franken. Damit muss in Kauf genommen werden, dass sich der Kreis der Anspruchsberechtigten weiter verkleinert.

> Im Aufgabenbereich Umwelt werden die Mittel für das Energieförderprogramm um 1,25 Millionen Franken reduziert, im Aufgabenbereich Landwirtschaft werden Sachkosten von 200 000 Franken gekürzt.

> Bei der landwirtschaftlichen Kreditkasse wird die zur Verfügung stehende Kreditsumme um 700 000 Franken gekürzt.

«Es bleibt uns kein Spielraum»

Bereits im Vorfeld waren einige dieser Massnahmen, etwa die geplante Schliessung der Fachklasse Grafik, an die Öffentlichkeit gelangt und haben für Entrüstung gesorgt. Auch andere Sparmassnahmen werden noch zu reden geben, spätestens in der Budgetdebatte im Kantonsrat im November. Marcel Schwerzmann betonte bei der Vorstellung des Budgets daher gleich mehrmals: «Es bleibt uns kein Spielraum mehr.» Sonst könnten die Vorgaben der Schuldenbremse nicht eingehalten werden. Streiche der Kantonsrat eine Sparmassnahme heraus, müsse man diese irgendwo kompensieren. Die sogenannte Schuldenbremse verpflichtet den Kanton, die Erfolgs- und die Geldflussrechnung innert fünf Jahren auszugleichen.

Den Grund, warum es der Kanton nicht schafft, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen, sieht Schwerzmann auf der Ausgabenseite beim Bevölkerungswachstum. So stiegen etwa Schüler- und Studierendenzahlen bis 2019 deutlich an und damit der finanzielle Aufwand im Bildungsbereich. Auch im Gesundheitsbereich gebe es ein starkes Mengenwachstum. Bei der Sozialen Sicherheit könnten die teils einschneidenden Sparmassnahmen die Effekte der steigenden Flüchtlingszahlen nicht kompensieren.

Auf der Einnahmenseite machen sich laut Schwerzmann vor allem die stark sinkenden Beiträge aus dem nationalen Finanzausgleich (NFA) bemerkbar. Luzern erhält 2016 rund 80 Mio. Franken weniger als im Vorjahr. Dazu fehlen dauerhaft rund 20 Mio. Franken wegen der Abschaffung der Liegenschaftsteuer.

Festhalten an der Steuerstrategie
Die Erträge bei den Staatssteuern stiegen zwar stetig, so Schwerzmann, doch weniger als erwartet. So rechnet das Finanzdepartement im Vergleich zu früheren Prognosen mit 80 Mio. Franken weniger für die Jahre 2017–2019. Doch der Regierungsrat hält an der Steuerstrategie fest. «Wir sind auf dem richtigen Weg», sagte Schwerzmann. «Von unserem Ziel, die Schuldenbremse einzuhalten und den Steuerfuss nicht anzuheben, wollen wir nicht abrücken.»

Düsteres Bild für die kommenden Jahre

Während für das kommende Jahr mit Sparmassnahmen die Schuldenbremse knapp eingehalten werden kann, zeichnet der Regierungsrat für die Jahre 2017–2019 wegen des Ungleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen ein düsteres Bild. Er rechnet mit Defiziten zwischen 71 bis 102 Mio. Franken pro Jahr. Dazu kommen zunehmende Nettoinvestitionen.

Um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, will der Regierungsrat ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm erarbeiten. Von 2017 bis 2019 sollen Massnahmen in der Höhe von 110 000 Franken pro Jahr geprüft werden – und zwar nicht nur auf der Ausgaben-, sondern auch auf der Einnahmenseite.

30-Millionen-Defizit bei der Rechnung 2015

Marcel Schwerzmann präsentierte gestern auch eine «Hochrechnung» zur Rechnung des laufenden Jahres. Budgetiert ist ein Minus von 24,3 Mio. Franken, derzeit geht das Finanzdepartement von einem leicht höheren Defizit von rund 30 Mio. Franken aus. Schwerzmann erklärte die voraussichtliche Differenz von 5,5 Mio. Franken mit höheren Kosten in der Spitalfinanzierung, bei den sozialen Einrichtungen sowie dem Asyl- und Flüchtlingswesen.

Feuerwehrrübung, Kahlschlag oder erfolgreiche Strategie?

REAKTIONEN Die Reaktionen von Parteien und Verbänden auf die düsteren Wolken am Luzerner Finanzhimmel fallen gewohnt unterschiedlich aus. Die ewige Streitfrage: Hat Luzern ein Ausgaben- oder ein Einnahmenproblem?

«Der Kanton Luzern hat sowohl ein Ausgaben- als auch ein Einnahmenproblem», schreibt die **CVP** in ihrer Stellungnahme. Sie verlangt daher vom Regierungsrat möglichst rasch Klarheit darüber, ob er bereit sei, «nebst der Ausgabenseite auch die Einnahmenseite sowie die Ausgestaltung der Schuldenbremse zu überprüfen». Der Regierungsrat präsentiere nun schon in Folge einen Aufgaben- und Finanzplan sowie ein Budget, welches sich beim genaueren Hinsehen «als konzeptloses Sammelsurium von unkoordinierten Sparmassnahmen entpuppt», kritisiert die CVP. Sie zeigt sich besorgt über die finanzielle Lage des Kantons, die sich offensichtlich im Verlaufe des Sommers dramatisch verschlechtert

haben. «Dies wirft ein schlechtes Licht auf die längerfristige Finanzplanung sowie die entsprechenden Prognosen», schreibt die CVP. Sie übt diesbezüglich auch Kritik an der Informationspolitik der Regierung und reicht eine dringliche Anfrage zur Kommunikationsthematik ein.

Die **Grünliberalen** unterstützen weiterhin die Steuerstrategie des Kantons und sehen die Einhaltung der Schuldenbremse als wichtiges Ziel. Deshalb müssten die Ausgaben durch strukturelle Anpassungen gesenkt, aber auch auf der Einnahmenseite justiert werden, schreibt die GLP.

Nicht zufrieden ist die **SVP**. Mit einem Ausgabenwachstum über dem Bruttoinlandprodukt werde die Konsolidierung der Kantonsfinanzen nicht möglich sein. Die SVP fordert deshalb ein Einfrieren der Gesamtausgaben auf dem Niveau 2016. Steuererhöhungen schliesst sie aus. Die Steuerstrategie will sie konsequent verteidigen. Der fi-

nanzpolitische Befreiungsschlag werde nur «mit durchgreifenden Massnahmen möglich sein», heisst es in der Medienmitteilung.

Die wachsenden Ausgaben ab 2017 sind für die **FDP** bedenklich. Ein Konsolidierungsprogramm, wie es der Regierungsrat vorschlägt, sei deshalb unabdingbar. «Es ist der einzig richtige Weg, Ausgabendisziplin durch Überprüfung der Leistungen herbeizuführen und damit das Ausgabenproblem in den Griff zu bekommen», schreibt die FDP. Beim Budget werde sie das regierungsrätliche Paket genau überprüfen und die Vor- und Nachteile abwägen. «Die FDP will aber weder das Ausgabenwachstum durch Steuererhöhungen kompensieren noch bis zu einer allfälligen Abstimmung ohne Budget dastehen». Es ist deshalb zwingend, das Budget 2016 zu verabschieden, fordern die Liberalen.

«Die Regierung agiert planlos und zeigt keine nachhaltigen Lösungen

auf», kritisiert die **SP**. Einschneidende Abbaumassnahmen in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Energie kämen für die Sozialdemokraten nicht infrage. Es fehle jede kritische Auseinandersetzung mit der bisherigen Finanzpolitik. Die massiven Einnahmenschwäche sind für die SP «eine direkte (Steuereinnahmen) und indirekte (NFA) Folge der kantonalen Steuerpolitik». Der Weg der Tiefsteuerstrategie führe unweigerlich in eine Sackgasse, schreibt die SP. Sie behält sich vor, das Budget abzulehnen.

Auch für die **Grünen** ist die Steuerstrategie gescheitert: Die Steuereinnahmen müssten weiter nach unten korrigiert werden, was zusätzliche Kürzungen beim Personal, bei der Bildung und bei der Prämienverbilligung zur Folge habe. «Statt die verfehlte Strategie zu überdenken, sind weitere massive Einschnitte beim Personal und zulasten breiter Bevölkerungsschichten geplant», kritisieren die Grünen. Sie lehnen das Budget 2016 ab.

Mit einer symbolischen Baumfällaktion protestierte eine Allianz verschiedener **Gewerkschaften** gestern Donnerstag vor dem Finanzdepartement. Die Allianz spricht von einem «blinden Kahlschlag»: «Der Kanton befindet sich im Blindflug und keine Schule, kein Polizeiposten, keine Buslinie, keine soziale Einrichtung und kein Spital ist vor einer Schliessung oder massivem Abbau sicher», beschreibt LGB-Geschäftsleiter Marcel Budmiger die Situation.

Der Verband der Luzerner **Berufsschullehrer** (BCH) kritisiert die geplanten Kürzungen in der Berufsbildung, obwohl diese gemäss interkantonalen Vergleich des Wirtschaftsforschungsinstituts BAK Basel im Kanton Luzern sehr günstig und effektiv angeboten werde. Der Abbau aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen schwäche «in fahrlässiger Art und Weise die Berufsbildung, einen zentralen Pfeiler unserer Wirtschaft und Gesellschaft».

Stefan Calvi